

Luzerner Tagblatt

Bonn verhandelt in Moskau 2
Viermal Ja in Luzern 9
Flugzeugkatastrophe in Griechenland LM



Für die zwei israelischen Passagiere des TWA-Flugzeuges, das im August nach Damaskus entführt worden war, ist nach einer zermürbenden Haft das Ende ihrer Leidenszeit gekommen: Sie wurden im Austausch gegen 13 syrische Staatsbürger freigelassen. Unser Bild zeigt den einen von ihnen, den Arzt Professor Samueloff, beim Wiedersehen mit seiner Familie in Tel Aviv. Sein Leidensgenosse, Saleh Moulalem, hat auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben, daß er in der Haft von den Syrern gefoltert worden sei.

Wird der El-Al-Prozeß ein Justizskandal?

Dr. Hans Meißer, einer der beiden Verteidiger von Mordechai Rachamim, hat gestern Montag an einer Pressekonferenz erklärt, der El-Al-Prozeß in Winterthur werde zum Justizskandal. Nach dem Mord an Yoram Perez und dem versuchten Mord an den El-Al-Passagieren und den Besatzungsmitgliedern drohe ein Justizmord an Mordechai Rachamim. Er werde auf Kassation hinwirken.

Dr. Meißer hatte am Montagmorgen die Einvernahme eines weiteren Zeugen verlangt, welcher die Aussagen von Hans Dürr erneut widerlegen sollte. Gerichtspräsident Dr. Gut erklärte aber, der Zeuge könne anlässlich des Augenscheins einvernommen werden, was Dr. Meißer nicht akzeptierte, da der Zeuge zu wichtig sei. Meißer verließ aus Protest den Gerichtssaal und hielt nachher eine Pressekonferenz mit den erwähnten Vorwürfen an die Zürcher Justizorgane ab — die ihm das Anwaltspatent kosten könnte. Dr. Meißer bedauerte auch, daß der Staatsanwalt nicht auf Mord klagen wolle — wie das jeder Jussudent getan hätte. Das bisherige Verfahren sei eindeutig gegen Rachamim gerichtet gewesen, und man habe zu beweisen versucht, daß die El-Al-Maschine nicht dank der Aktion Rachamims vor der Explosion gerettet worden sei, sondern dank der Feuerwehr und der Polizei. Damit aber gerate

Rachamim in ein falsches Licht und werde als Verbrecher betrachtet. Dr. Meißer erklärte, er werde gegen die Zeugen Dürr und Strub wegen Irreführung der Rechtspflege (falsche Aussagen) klagen und wegen Kollisionsgefahr ihre sofortige Inhaftierung verlangen. Das Geschworenengericht selber bezeichnete er als «Bastard», das nicht fähig sei, ein korrektes Urteil zu fällen. Er hätte es vorgezogen, wenn Berufsrichter (Bundesgericht) den Fall beurteilt hätten.

Die scharfe Intervention Dr. Meißers ist die Frucht der bisherigen Verhandlungen und Zeuenausagen, bei denen der Anschein erweckt wurde, es gehe eigentlich nur um die Schuld oder Unschuld Rachamims, und in denen die drei Angreifer, die Araber, in Vergessenheit gerieten, weil sie schwiegen. Es ist bereits von einer «Perversion» die Rede gewesen, in welche der Prozeß geraten ist, da eben immer nur von Rachamim und der Bewaffnung bzw. Nichtbewaffnung Mehrens die Rede war.

(Der ausführliche Bericht des «Tagblatt»-Sonderkorrespondenten in Winterthur beginnt auf Seite 3 im Innern des Blattes.)



Nelly-Sachs-Preis für Giorgio Bassani

Der italienische Schriftsteller Giorgio Bassani erhielt am Sonntag in Dortmund den mit 10 000 Mark dotierten Nelly-Sachs-Preis. An der Uebergabefeiher, an der auch die bisherigen Preisträger Johanna Moosdorf (Berlin), Dr. Max Tau (Oslo) und Alfred Andersch (Berzona, Tessin) teilnahmen, überreichte Oberbürgermeister Heinrich Sonderrmann (rechts) dem italienischen Dichter die Stiftungsurkunde des Preises. Photopress

Putsch-Plan in Rom?

Der «Observer» in London berichtete, daß in Italien durch eine Gruppe von Rechts-extremisten und Offizieren, die durch das griechische Regime beraten und unterstützt worden sein sollen, ein Staatsstreich vorbereitet worden sei.

(AFP) Der Verfasser des Artikels, Leslie Finer, will diese Information durch einen Angehörigen der griechischen Opposition erhalten haben, der ihm einen Mikrofilm mit Aufnahmen eines Filmes des Generaldirektors des griechischen Außenministeriums, Michael Kottakis, ausgehändigt hatte. Der Brief sei an den griechischen Botschafter in Rom, Antonios Pomporas, gerichtet gewesen.

Griechische Klage gegen den «Observer» Paris, 8. Dez. ag. (R) Die griechische Botschaft in Paris beschuldigt, daß die Regierung von Athen beabsichtige, den britischen Journalisten Leslie Finer und die Londoner Zeitung «The Observer» gerichtlich zu verfolgen. Grund zur Klage bilde ein Artikel im «Observer» und ein als Fälschung bezeichnetes Dokument. Nach dem Artikel sollte der griechische Regierungschef Papadopoulos einen militärischen Staatsstreich in Italien vorbereitet haben. — Die Erklärung der Botschaft entspricht einer Mitteilung, welche das griechische Außenministerium ebenfalls am Sonntag abgab. Danach ist der Artikel des «Observer» unwahr und das darin erwähnte «Geheimdokument» eine Fälschung.

Israeli von den Syrern gefoltert

Die Leiden eines der beiden in Damaskus monatelang inhaftierten TWA-Passagiere

Tel Aviv, 7. Dez. ag. (R) Einer der beiden von Damaskus freigelassenen Israelis, der 43jährige Salah Mualem, erklärte in einem Interview mit der israelischen Zeitung «Maariv», er sei gefoltert worden. In den ersten Tagen seiner Inhaftierung hätten die Syrier nicht aufgehört, ihm Fragen über die Armee Israels, über Panzer und Flugzeuge zu stellen. Er habe geweint und ihnen gesagt, er wisse nichts. Man hätte ihn darauf in einen vollständig dunklen Raum gebracht, wo er plötzlich von hinten von jemandem gepackt worden sei, der ihn würgte.

Salah Mualem erzählte weiter, er sei danach in eine kaum erhellte Zelle gebracht worden. Am nächsten Tag hätte man ihn geholt und erneut über die Armee ausgefragt. Jener, der das Verhör geführt habe, habe seinen Gürtel losgeschlängelt und ihn damit am Kopf geschlagen. Schließlich sei er in eine gewöhnliche Zelle gebracht worden.

Israelisch-ägyptischer Gefangenenaustausch

Genf, 6. Dez. ag. Unter der Leitung von zwei Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) fand am Samstag in El Kantara, am Suezkanal, ein bedeutender Gefangenenaustausch zwischen Israel und Ägypten statt. Zwei israelische Piloten, Nissim Ashkenazi und Giora Rom, die seit August in Ägypten gefangengehalten worden waren, sind gegen 58 Ägypter ausgetauscht worden, nämlich 51 Zivilpersonen und sieben Militärs, darunter Major Nabil Said. Der Gefangenenaustausch ist das Ergebnis von Bemühungen, die auf Initiative des IKRK unternommen wurden.

Der Austausch erfolgte im Beisein der IKRK-Chefdelegierten in Israel, Jacques Moreillon aus Vevey, und des IKRK-Chefdelegierten in Kairo, Marcel Boisard aus Genf.

Die israelische Zeitung «Maariv» berichtete, die beiden in Kairo freigelassenen Militärpiloten hätten für ihre offenen Brüche keine Pflege erhalten. Das gehöre zu ägyptischen Methoden, um Informationen zu erhalten. Die beiden Männer hätten dann später wohl Pflege erhalten, müßten nun aber noch mehrere Monate im Spital verbringen, um vollständig geheilt zu werden.

Golda Meir nennt Damaskus das Zentrum der Piraterie und des Terrorismus

Tel Aviv, 7. Dez. (AFP) Die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir dankte allen, die zur Befreiung der Gefangenen beigetragen haben. Sie erklärte, Syrien habe wieder einmal gezeigt, «daß es nicht zu den zivilisierten Nationen gehöre. Damaskus sei das internationale Zentrum der Piraterie und des Terrorismus». Ferner beschuldigte Frau Meir Ägypten, die Freilassung der beiden israelischen Piloten verzögert und das IKRK daran gehindert zu haben, die verwundeten Piloten zu besuchen. Die israelische Regierung habe sich — angesichts der Erpressung durch Damaskus und Kairo — um die Gefangenen gesorgt und sich darum bemüht, ihren Leiden ein Ende zu setzen.

Ueberfall auf Siedlungen

(AFP) Ein Sprecher der Guerillas berichtete, daß mehrere Einheiten der «Volksfront zur Befreiung Palästinas» die Kibbuzim Masada, Ashdod Yaacoub und Shear Hagolan sowie drei zu

den Kibbuzim gehörende Befestigungen mit Raketen, Minenwerfern und automatischen Waffen beschossen hätten.

Israelischer Soldat am Suezkanal getötet

(R) Laut eines israelischen Militärsprechers wurden in einem Feuerwechsel zwischen Israel und Ägypten am Sonntag im südlichen Teil des Suezkanals ein israelischer Soldat getötet und ein weiterer verwundet.

Nahost-Verhandlungen in New York

Die Uno-Delegierten der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs trafen sich am Samstag zum zweitenmal innerhalb einer Woche zu Gesprächen über den Nahost-Konflikt. Eines der wichtigsten Themen des zweieinhalbstündigen Gesprächs war das Problem der Palästinaflüchtlinge. Am nächsten Donnerstag ist eine dritte Gesprächsrunde geplant.

Zunahme der Einwanderung in Israel

(R) Israel registrierte in der Zeit vom Ende September 1968 bis Ende September 1969 insgesamt 36 836 Einwanderer, das sind 30 Prozent mehr als in den vorhergehenden zwölf Monaten. Wie ein Sprecher der Jewish Agency in Jerusalem erklärte, wird für das Jahr 1970 die Einwanderung von über 40 000 Personen erwartet.

Straßenbau durch Truppen

Die israelische Armee hat seit dem Sechstagekrieg im Juni 1967 in den besetzten Gebieten Straßen von insgesamt 1500 Kilometern Länge gebaut; 900 Kilometer entfallen auf die Sinai-Halbinsel.

1970 noch keine Sicherheitskonferenz

Die Mitgliedstaaten der Nato rechnen nicht damit, daß die von den Warschaupakt-Staaten für 1970 vorgeschlagene gesamteuropäische Sicherheitskonferenz schon 1970 zustande kommt. Der amerikanische Staatssekretär Rogers hat Grundprinzipien bekanntgegeben, die für Verhandlungen mit dem Ostblock gelten sollen.

Brüssel, 7. Dez. (UPI) Dies verlautete einen Tag nach Beendigung der Nato-Ministerratstagung, aus diplomatischen Kreisen des westlichen Verteidigungsbündnisses in Brüssel. Es wurde darauf verwiesen, die Nato-Minister hätten mit ihrer Erklärung eine Anzahl Bedingungen für die Abhaltung einer Sicherheitskonferenz aufgestellt, die eine Einberufung der Konferenz für 1970 praktisch ausschließen.

Zu Bedingungen für eine Sicherheitskonferenz ist unter anderem gemacht worden, daß sie eingehend vorbereitet werden müsse und daß die USA und Kanada daran beteiligt werden müßten. Außerdem sei als Voraussetzung genannt worden, daß der Status quo in Europa durch die Konferenz nicht «zementiert» werden dürfe.

Die in der Erklärung der Nato-Minister geäußerte Unterstützung für die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung durch die Allianz wurde als Billigung der Versuche Bonn verstanden, seine Beziehungen zu Ost-Europa auszubauen. Auch andere Nato-Staaten dürften nun verstärkt versuchen,

ihre Kontakte mit der Sowjetunion auszubauen — besonders auf den Gebieten des Handels, der Wissenschaft und der Kultur.

Die Bedingungen Rogers'

Der amerikanische Außenminister William Rogers hat die Beachtung «gewisser grundlegender Prinzipien» vor der Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ostblock zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses gefordert. Auf einer Veranstaltung der belgisch-amerikanischen Gesellschaft in Brüssel erklärte Rogers, es bestehe gegenwärtig die Gelegenheit, eine Periode von Verhandlungen über die Probleme einzuleiten, die die Unsicherheit in Europa verursachen. Vor Verhandlungsbeginn müsse man jedoch drei Punkte beachten.

Wörtlich sagte Rogers: «Erstens: Welche Verhandlungen auch immer die Nato-Verbindeten einzeln oder gemeinsam aufnehmen, so darf ein solcher Schritt immer nur in enger Konsultation unter ihnen erfolgen. Zweitens: Wir müssen die militärische Stärke unseres Bündnisses bis zu jenem Zeitpunkt aufrechterhalten, an dem wir Vereinba-

rungen über eine beiderseitige und ausgewogene Verringerung der Streitkräfte erreichen können. Drittens: Wir müssen sorgfältig darauf achten, nicht die Tatsache von Verhandlungen mit einem wirklichen Fortschritt in Richtung auf Vereinbarungen zu verwechseln, und wir dürfen uns nicht in ein trügerisches Gefühl der Entspannung einfallen lassen.»

Auf die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Raketengerüstung eingehend, erklärte Rogers den Verbindeten der USA eine Berücksichtigung ihrer Sicherheitsinteressen und umfassende Konsultationen zu. Die USA würden auf keinen Fall Schritte ergreifen, die die Sicherheit der Nato-Verbindeten schwächen werde.

Rogers betonte, daß die USA ihre Verpflichtungen gegenüber der Nato aufrechterhalten wollen. Die Sicherheit Europas sei auch die Sicherheit der USA. Deshalb würden die USA auf alle Fälle «erhebliche Truppenstärken in Europa» beibehalten. Die amerikanischen Kampftruppen würden bis min-